

Vorläufige Ergebnisse der Kommunalwahlen 1999 in Baden-Württemberg

Nach der Europawahl am 13. Juni 1999 waren die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zu den Kommunalwahlen am 24. Oktober erneut zum Urnengang aufgerufen. Erstmals konnten sich an dieser Wahl auch die Mitbürger aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligen. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Kommunalwahlen zählt der deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung. Eindeutiger Sieger der Wahl der Gemeinderäte, der Kreisräte sowie der Wahl der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart war die CDU, die deutliche Stimmengewinne verzeichnen konnte. Die Wählervereinigungen und die Liberalen konnten die Stimmenanteile in etwa halten. SPD und GRÜNE mußten dagegen Verluste hinnehmen, ebenso die REPUBLIKANER.

Wahlrechtliche Grundlagen

Wahlberechtigt waren bei den Kommunalwahlen 1999 alle Bürgerinnen und Bürger deutscher Staatsangehörigkeit, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in der jeweiligen Gemeinde haben. Bei den Kommunalwahlen am 24. Oktober 1999 waren erstmals auch die sogenannten Unionsbürger wahlberechtigt, also Bürger anderer Länder der Europäischen Union, welche ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg haben.

Bei den Wahlen der Gemeinderäte und Kreisräte in Baden-Württemberg wird auf der Basis von Wahlvorschlägen unter Berücksichtigung der Verhältniswahl gewählt. Die Wähler sind jedoch nicht an starre Listen der Wahlvorschläge gebunden. Sie haben die Möglichkeit, diese zu verändern, indem sie Kandidaten anderer Listen auf die von ihnen bevorzugte Liste übertragen (Panaschieren) oder aber einem Kandidaten bis zu drei Stimmen gleichzeitig geben (Kumulieren). Liegt nur ein oder kein Wahlvorschlag vor, findet in der entsprechenden Gemeinde Mehrheitswahl statt. In diesem Fall sind die Wählerinnen und Wähler nicht daran gebunden, die vorgeschlagenen Bewerber zu wählen; das Recht der Stimmenhäufung auf einen Bewerber entfällt.

Jeder Wähler hat bei den Gemeinderatswahlen nicht nur eine Stimme zur Verfügung, sondern so viele Stimmen wie die Zahl der Gemeinderäte, die in der Gemeinde zu wählen sind. Die Zahl der Gemeinderäte einer jeden Gemeinde ist wiederum abhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinde; sie werden nach Gemeindegrößenklassen bestimmt. Sie reichen von 8 Stimmen in kleinen Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern bis zu 60 Stimmen in der Großstadt mit über 400 000 Einwohnern.

Die Zahl der zu wählenden Kreisräte pro Landkreis beträgt mindestens 24; sie richtet sich dabei nach der Einwohnerzahl des Landkreises. In Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern – das sind alle Landkreise Baden-Württembergs – erhöht sich die Zahl der Kreisräte für jeweils weitere 10 000 Einwohner bis zur Grenze von 200 000 Einwohnern um 2. Bei über 200 000 Einwohnern wird die Zahl der Kreisräte für jede weiteren 20 000 Einwohner um zwei Sitze aufgestockt. Die Landkreise werden bei Kreistagswahlen in Wahlkreise untergliedert. Jeder Wähler hat so viele Stimmen, wie Kreisräte im Wahlkreis zu wählen sind.

Um Vergleiche der Ergebnisse von Kommunalwahlen zwischen den Gemeinden bzw. Landkreisen zu ermöglichen, werden sogenannte gleichwertige Stimmen berechnet. Dabei wird in jeder Gemeinde/in jedem Landkreis die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der jeweils zu wählenden Bewerber dividiert.

Die Sitzverteilung bei den Wahlen für die Gemeinderäte, Kreistage und Ortschaftsräte in Baden-Württemberg wird – im Ge-

gensatz zur Bundestagswahl – nach wie vor über das sogenannte *d'Hondtsche* Höchstzahlverfahren ermittelt, bei dem auf verhältnismäßig einfache Art und Weise aufgrund der Stimmzahlen die proportionale Sitzverteilung errechnet wird. So werden die Stimmen von allen Bewerbern einer Liste zusammengezählt, auch die panaschierten Stimmen. Die von jeder einzelnen Liste gewonnene Gesamtzahl der Stimmen wird fortlaufend durch 1, 2, 3 usw. geteilt, bis aus den ermittelten Teilungszahlen so viele Höchstzahlen ausgewählt werden können, wie insgesamt Sitze zu vergeben sind. Hierbei werden die Stimmen aller Listen berücksichtigt. Innerhalb einer Liste selbst werden dann die Sitze nach der höchsten Stimmzahl der einzelnen Bewerber vergeben. Bei Stimmgleichheit mehrerer Kandidaten entscheidet der Listenplatz. Die 5%-Klausel wird bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg nicht angewendet.

In Erfüllung des Maastrichter Vertrages von 1992 haben alle Unionsbürger das volle aktive und passive kommunale Wahlrecht, wenn sie – wie die deutschen Wahlberechtigten – das 18. Lebensjahr vollendet haben und mindestens seit drei Monaten in der Gemeinde bzw. dem Kreis/Ortsteil ihren Wohnsitz haben, in dem sie ihr Wahlrecht ausüben wollen. Bei den Kommunalwahlen werden Unionsbürger „von Amts wegen“, also automatisch, in das Wählerverzeichnis aufgenommen. In welchem Umfang sie von ihrer Wahlberechtigung Gebrauch machten, konnte landesweit nicht erhoben werden.

Rund 300 000 Unionsbürger bei Gemeinderatswahlen wahlberechtigt

In Baden-Württemberg waren bei den Gemeinderatswahlen 1999 nach Auswertung der Schnellmeldungen rund 7,498 Mill. Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Das sind – nicht zuletzt auch wegen der erstmals wahlberechtigten Unionsbürger – ungefähr 380 000 mehr als 1994. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten wurde jedoch nicht unterschieden nach Unionsbürgern und Deutschen erhoben. Die Zahl der deutschen Wahlberechtigten kann allerdings näherungsweise aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung abgeleitet werden. Der zahlenmäßige Umfang der bei den Gemeinderatswahlen 1999 wahlberechtigten Unionsbürger kann – wie bei der Europawahl 1999 auch – anhand der Daten aus dem Ausländerzentralregister berechnet werden. Da die Europawahl lediglich vier Monate vor den Kommunalwahlen durchgeführt wurde und die Daten sich in diesem kurzen Zeitraum nur unwesentlich verändert haben dürften, wurden diese ermittelten Werte herangezogen. Legt man diese Ausgangsdaten zugrunde, waren bei den Gemeinderatswahlen rund 7,2 Mill. Deutsche im Alter von 18 und mehr Jahren wahlberechtigt gegenüber 7,12 Mill. im Jahr 1994. Erstmals waren

darüber hinaus auch rund 300 000 Unionsbürger zur Wahl aufgerufen, was einem Anteil von etwa 4 % an allen Wahlberechtigten entspricht.¹

Rückgang der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen beträgt knapp 14 Prozentpunkte

Bei den Gemeinderatswahlen am 24. Oktober in Baden-Württemberg wurde eine Wahlbeteiligung von lediglich 52,9 % erreicht. Dies ist ein Rückgang um fast 14 Prozentpunkte gegenüber 1994. Die Quote von 52,9 % stellt seit 1975 – für den Zeitraum vergleichbarer Ergebnisse nach der Gemeindereform – die bisher niedrigste Beteiligung bei Gemeinderatswahlen dar. Es bestätigte sich damit erneut, daß es sich bei kommunalen Wahlgängen zunehmend – im Unterschied zu Bundes- und Landtagswahlen – um „Low-Interest-Wahlen“ handelt. Einflüsse der Bundes- und Landespolitik scheinen in den Städten und Gemeinden bei der kommunalen Wahlentscheidung eine immer größere Rolle zu spielen (Tabelle 1).

Es muß berücksichtigt werden, daß die Gemeinderatswahlen von 1994 mit 66,7 % Wahlbeteiligung seit der Gemeindereform in Baden-Württemberg jene mit dem zweithöchsten Wahleifer waren, hinter den Wahlen von 1975 mit 67,3 % Wahlbeteiligung. Die Beteiligungsquoten bei den Gemeinderatswahlen waren seit 1975 bis 1989 kontinuierlich zurückgegangen, so daß die hohe Beteiligung bei den letzten Wahlen der Gemeinderäte 1994 indessen wohl weniger das Ergebnis einer plötzlichen Begeisterung der Baden-Württemberger für Kommunalpolitik war als vielmehr ein Effekt der gleichzeitig abgehaltenen Europawahl. Insofern muß der Rückgang der Wahlbeteiligung neben anderen Einflußfaktoren wie Politikverdrossenheit und sinkendem Interesse an kommunalen Belangen auch vor dem Hintergrund dieses

¹ Eine ausführliche tabellarische und textliche Darstellung einschließlich Definitionen, wahlrechtlichen Erläuterungen und Ausführungen zu den Wahlvorschlägen der vorläufigen Ergebnisse der Kommunalwahlen 1999 ist dem in Kürze erscheinenden Band 550 „Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 24. Oktober 1999“ zu entnehmen.

Sondereffekts betrachtet werden. Auch wird die sinkende Wahlbeteiligung teilweise auf die gestiegene Mobilität der Bevölkerung zurückgeführt, durch die eine enge Bindung an die jeweilige Wohngemeinde erschwert wird.

Anteil an ungültigen Stimmzetteln gesunken

Von den insgesamt abgegebenen 3 967 400 Stimmzetteln waren 120 097 Stimmzettel ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmzettel betrug also im Landesdurchschnitt 3 % und sank damit gegenüber den Wahlen von 1994 um 0,9 Prozentpunkte. Bei den Gemeinderatswahlen 1980 wurde mit 5,2 % der höchste Anteil an ungültigen Stimmzetteln verzeichnet, bei den Wahlen 1984 und 1989 lag der Anteil ungültiger Stimmzettel bei je 3,8 %. Der Hauptgrund, der zur Ungültigkeit von Stimmzetteln führt, ist nach wie vor die Überschreitung der Stimmenzahl, gefolgt von Stimmzetteln, die in einen falschen Wahlumschlag gefolgt wurden bzw. für eine andere Wahl bestimmt waren.

CDU wird landesweit stärkste politische Kraft in den Gemeinden

Bei den Gemeinderatswahlen am 24. Oktober 1999 in Baden-Württemberg errangen die Wählervereinigungen (bei Verhältniswahl) landesweit 32,8 % der errechneten gleichwertigen Stimmen. Mit einem geringen Verlust von 0,2 Prozentpunkten verloren sie allerdings die Stellung als stärkste politische Kraft in Baden-Württemberg – eine Position, die sie erstmals seit den Gemeinderatswahlen 1994 innehatten. Dies ist aber immer noch das zweitbeste Ergebnis der Wählervereinigungen seit der Gemeindereform 1973.

Die Christdemokraten konnten gegenüber den Gemeinderatswahlen 1994 landesweit beachtliche 3,9 Prozentpunkte zulegen und liegen nun bei 34,2 %. Sie waren damit die eindeutigen Sieger der Wahl am 24. Oktober. Der Abwärtstrend der CDU bei den Gemeinderatswahlen seit 1980 konnte somit gestoppt wer-

Tabelle 1
Ergebnisse*) der Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg seit 1975

Jahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmzettel	Errechnete gleichwertige Stimmen																	
					Verhältniswahl																	
					Mehrheitswahl		CDU		SPD		FDP/DVP		GRÜNE		REP		Andere Parteien ¹⁾		Gemeinsame Wahlvorschläge ²⁾		Wählervereinigungen ³⁾	
					1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1975	6 119,8	4 121,3	67,3	2,9	63,5	1,7	1 340,8	36,1	948,7	25,5	151,6	4,1	-	-	-	-	24,8	0,7	257,9	6,9	993,8	26,7
1980	6 248,3	3 909,8	62,6	5,2	75,4	2,2	1 281,7	37,9	906,2	26,8	134,9	4,0	37,2	1,1	-	-	13,1	0,4	189,1	5,6	820,6	24,3
1984	6 520,7	4 026,8	61,8	3,8	38,0	1,1	1 256,6	36,2	819,0	23,6	100,9	2,9	171,9	5,0	-	-	15,8	0,5	156,6	4,5	949,2	27,4
1989	6 800,3	4 178,6	61,4	3,8	26,5	0,7	1 134,6	31,7	838,3	23,4	121,0	3,4	168,1	4,7	68,8	1,9	22,5	0,6	155,3	4,3	1 073,2	30,0
1994	7 119,5	4 748,9	66,7	3,9	23,2	0,6	1 222,8	30,3	894,5	22,1	105,8	2,6	230,0	5,7	55,9	1,4	31,2	0,8	167,8	4,2	1 331,9	33,0
1999	7 498,2	3 967,4	52,9	3,0	23,3	0,7	1 159,0	34,2	670,5	19,8	93,3	2,8	160,1	4,7	28,5	0,8	33,9	1,0	129,9	3,8	1 110,4	32,8

*) 1999: Vorläufige Ergebnisse. – 1) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien. – 2) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen. – 3) Wählervereinigungen: Unter dem Begriff Wählervereinigungen sind alle diejenigen Gruppen erfaßt, die nicht Parteien sind. Es handelt sich dabei um Gruppierungen unterschiedlichster kommunalpolitischer Richtungen, wie zum Beispiel Junge Union, Grüne Listen und Frauenlisten. Auch Einzelbewerber werden den Wählervereinigungen zugeordnet.

den. Die CDU liegt mit ihrem Wahlergebnis fast schon wieder in der Größenordnung ihrer Spitzenergebnisse der Gemeinderatswahlen 1975 bis 1984, als sie gleichwertige Stimmenanteile zwischen 36 % und 38 % erzielte. Offenbar konnte die Union auch von dem für sie günstigen bundespolitischen Trend und der negativen Stimmung zu Lasten von SPD und GRÜNEN profitieren. Für die SPD in Baden-Württemberg brachten die Gemeinderatswahlen das schlechteste Ergebnis seit 1973. Der Anteil der gleichwertigen Stimmen, den die Partei auf sich vereinigen konnte, rutschte sogar erstmals unter die 20%-Marke. Gegenüber den vorangegangenen Gemeinderatswahlen sank das Ergebnis 1999 um 2,3 Prozentpunkte auf nunmehr 19,8 %. Die viertstärkste Kraft bei der Wahl der Gemeinderäte 1999 bildeten die GRÜNEN mit einem Stimmenanteil von 4,7 %. Dabei mußten sie einen Stimmenverlust von 1 Prozentpunkt gegenüber 1994 hinnehmen. Ebenso wie SPD und GRÜNE standen auch die REPUBLIKANER auf der Verliererseite. Auf sie entfielen lediglich noch 0,8 % der abgegebenen gleichwertigen Stimmen. Sie verzeichneten bei ihrer dritten Teilnahme an Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg ein Minus von 0,6 Prozentpunkten und damit ihr bisher schlechtestes Resultat. Die FDP/DVP verbuchte dagegen geringfügige Gewinne von landesweit 0,2 Prozentpunkten und erreichte einen Anteil an den gleichwertigen Stimmen von 2,8 %. Für die Liberalen bedeutete dies aber immer noch das zweitschlechtestes Ergebnis seit 1975.

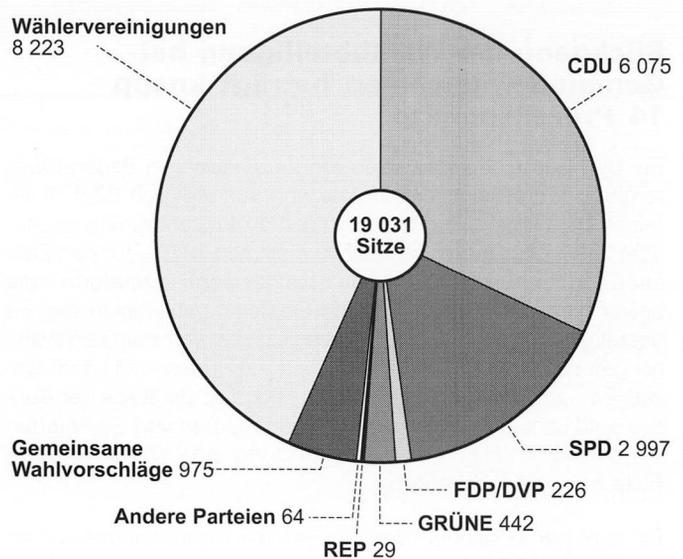
Der Anteil anderer Parteien und gemeinsamer Wahlvorschläge von Parteien erhöhte sich gegenüber 1994 leicht von 0,8 % auf 1 %. Dies dürfte auf die Gewinne der PDS zurückzuführen sein. Die gemeinsamen Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen kamen auf einen Anteil der errechneten gleichwertigen Stimmen von 3,8 %; das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als bei den letzten Gemeinderatswahlen. Bei der Bewertung der landesweiten Ergebnisse muß allerdings berücksichtigt werden, daß die einzelnen Parteien nicht gleichmäßig in allen Gemeinden Wahlvorschläge eingereicht hatten.

Wählervereinigungen erringen die meisten Sitze in den Gemeinderäten

Bei den Gemeinderatswahlen 1999 wurden in Baden-Württemberg 19 688 Gemeinderäte gewählt, 283 weniger als 1994. Davon wurden 657 Gemeinderäte über Mehrheitswahl gewählt, 1994 waren es nur 612 Gemeinderäte, die über Mehrheitswahl ermittelt wurden. Von den 19 031 über Verhältniswahl bestimmten Gemeinderatssitzen entfielen 6 075 auf die CDU (1994: 5 495). Die CDU errang damit 31,9 % aller über Verhältniswahl vergebenen Sitze im Land; das sind 3,5 Prozentpunkte mehr als 1994. Auf die SPD entfielen 2 997 Sitze (1994: 3 448), was einem Rückgang um 451 Gemeinderatssitzen landesweit entspricht. Demnach sank der Anteil der auf die SPD entfallenden Gemeinderäte von 17,8 % auf 15,7 %. Die GRÜNEN verbuchten 442 Sitze; das waren 87 weniger als 1994. Der prozentuale Anteil der GRÜNEN an den Sitzen sank von 2,7 % auf 2,3 %. Demgegenüber erhöhte sich die Anzahl der von den Liberalen eroberten Sitze leicht von 217 auf 226. Der prozentuale Anteil blieb mit 1,2 % nahezu unverändert. Auf die REPUBLIKANER entfielen nur 29 Sitze, 20 weniger als vor fünf Jahren. Prozentual waren dies gerade mal 0,2 % aller bei den Gemeinderatswahlen 1999 vergebenen Sitze (Schaubild 1).

Den 9 769 Sitzen, die die politischen Parteien erobern konnten, standen somit 8 233 Sitze der Wählervereinigungen (1994: 8 483) gegenüber. Gemessen an der Zahl der Sitze lagen CDU und SPD

Schaubild 1
Sitzverteilung*) in den baden-württembergischen Gemeinderäten nach den vorläufigen Wahlergebnissen vom 24. Oktober 1999



*) Bei Verhältniswahl.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

559 99

somit deutlich hinter den Wählervereinigungen. Anders als beim Ergebnis der gleichwertigen Stimmen lagen die Wählervereinigungen ausgehend vom Prozentanteil der gewählten Mitglieder bei Verhältniswahl mit 43,2 % jedoch klar vor der Union. Die gemeinsamen Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen brachten es auf insgesamt 975 Mandate (1994: 1 123).

Regionale Besonderheiten in den Gemeinden Baden-Württembergs

Die landesweite Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 1999 lag bei 52,9 %. Mit Abstand am höchsten war sie – wie bereits 1994 – in Unterwachingen im Alb-Donau-Kreis. Hier gingen 94,7 % der wahlberechtigten Bevölkerung an die Wahlurnen. Auf dem zweiten Rang stand Ibach im Landkreis Waldshut mit 93,6 %. Auf Platz 3 stand die Gemeinde Tunau im Landkreis Lörrach mit 91 %. In den 20 Gemeinden in Baden-Württemberg mit besonders hoher Wahlbeteiligung wurde mindestens eine Beteiligungsquote von 78 % erzielt. Mit einer Ausnahme (Nufringen im Landkreis Böblingen) gehörten alle Top-20-Gemeinden mit hoher Wahlbeteiligung zu den kleineren Gemeinden mit 2 200 Einwohnern. Die niedrigste Beteiligungsquote im Land hatte die Universitätsstadt Mannheim zu verzeichnen: Hier gingen lediglich 37,2 % der Wahlberechtigten zur Wahl. Mannheim war damit die einzige Gemeinde in Baden-Württemberg mit einer Wahlbeteiligung von unter 40 %. Bemerkenswert ist, daß in den 20 Gemeinden mit sehr hoher Wahlbeteiligung in elf Gemeinden nach dem Mehrheitswahlverfahren gewählt wurde, und in weiteren sechs Gemeinden mit besonders hohem Wahlerfolg gab es lediglich Wahlvorschläge von Wählervereinigungen.

Wählervereinigungen umfassen ein breites Spektrum, welches von Bürgerinteressengemeinschaften über Grüne Listen bis hin zu Einzelbewerbern reicht. Die Wählervereinigungen kandidierten bei den Gemeinderatswahlen 1999 in 1 004 Gemeinden, wobei in 209 der 1 110 Gemeinden Baden-Württembergs aus-

schließlich Wählervereinigungen antraten. In ihren Top-20-Gemeinden, in denen mit einer Ausnahme jeweils nur ein weiterer Wahlvorschlag vorlag, erzielten die Wählervereinigungen mehr als 84 % der gleichwertigen Stimmen, in ihren drei Hochburgen der Gemeinderatswahlen 1999 – Merklingen im Alb-Donau-Kreis (98,4 %), Pfaffenhofen im Landkreis Heilbronn (95 %) und Owingen im Bodenseekreis (94,3 %) – lagen sie noch deutlich über diesem Spitzenwert.

In 697 Gemeinden trat die CDU 1999 mit einer eigenen Liste an. Dabei erzielte sie in den Gemeinden Unterschneidheim im Ostalbkreis mit 79,6 %, in Freudenberg (Main-Tauber-Kreis) mit 78,1 % und in Deilingen (Landkreis Tuttlingen) mit 77,8 % besonders herausragende Ergebnisse. Während in Unterschneidheim und Deilingen außer der CDU nur noch Wählervereinigungen antraten, kandidierte in Freudenberg zusätzlich noch die SPD. Die 20 Gemeinden mit den höchsten Ergebnissen für die CDU wiesen einen Stimmenanteil von mindestens 65 % auf. Lediglich in acht dieser Gemeinden kandidierte gleichzeitig die SPD, aber in 18 Fällen konkurrierte die CDU mit Wählervereinigungen. In nur einer dieser 20 Gemeinden standen mehr als drei Parteien oder politische Gruppierungen zur Wahl.

Die SPD kandidierte 1999 in 644 Gemeinden. Die besten Ergebnisse erzielten die Sozialdemokraten – wie bereits 1994 – in den Gemeinden Bischweier im Landkreis Rastatt mit 51,5 % und in Riegel am Kaiserstuhl (Landkreis Emmendingen) mit 50,4 %. Ebenfalls über 50 % und damit unter den Top-20-Gemeinden der SPD auf Platz 3 lag die Gemeinde Feldberg im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. In Bischweier und Riegel kandidierte außer der SPD lediglich die CDU, in Feldberg traten außer der SPD noch Wählervereinigungen an. In 15 ihrer Top-20-Gemeinden erzielte die SPD einen Anteil an gleichwertigen Stimmen von über 40 %. Nur in einer SPD-Hochburg waren mehr als drei Wahlvorschläge vorhanden, und in acht Gemeinden war die CDU nicht mit einer eigenen Liste vertreten.

Die Liberalen waren in 115 Gemeinden mit einer eigenen Parteiliste angetreten. In der Gemeinde Waldachtal im Landkreis Freudenstadt konnten sie mit einem Stimmenanteil von 42,8 % der gleichwertigen Stimmen ihren größten Erfolg verbuchen und lagen damit nur hinter der CDU (51,8 %). In Uhingen (Landkreis

Göppingen) wurden die Liberalen mit 32,6 % eindeutiger Wahlsieger vor der SPD und verbuchten landesweit das zweitbeste Ergebnis. Auch in den Gemeinden Mönchweiler (Schwarzwald-Baar-Kreis), Gutach (Ortenaukreis) und Bad Wildbad (Landkreis Calw) brachte es die FDP/DVP jeweils auf gleichwertige Stimmenanteile von mehr als 20 %.

Die GRÜNEN verfügten bei den Gemeinderatswahlen 1999 in 187 Gemeinden über eigene Parteilisten. In Bad Schussenried im Landkreis Biberach konnten sie landesweit den höchsten Stimmenanteil mit 23,8 % verbuchen, trotz der Konkurrenz von CDU, SPD und Wählervereinigungen. Auf Platz 2 der Gemeinden mit Spitzenergebnissen für die GRÜNEN rangierte mit 23,4 % die Gemeinde Merzhausen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, die 1994 noch das beste GRÜNEN-Ergebnis aufwies. Auch in den anderen ihrer Top-20-Gemeinden war die Konkurrenz durch Parteien und Wählervereinigungen relativ groß. Eine Ausnahme bildete Dettighofen im Landkreis Waldshut, wo die GRÜNEN einen Stimmenanteil von 21,4 % erzielten. Hier reichten außer den GRÜNEN lediglich Wählervereinigungen Wahlvorschläge ein.

Die REPUBLIKANER traten bei den Gemeinderatswahlen 1999 in 43 Gemeinden mit einer eigenen Liste an. Am besten schnitten die REPUBLIKANER landesweit mit 10,3 % in Freiberg am Neckar (Landkreis Ludwigsburg) ab. Auf Platz 2 lag mit 8,3 % die Stadt Heilbronn, gefolgt von Göppingen mit 6,1 %. In ihren Top-20-Gemeinden erreichten die REPUBLIKANER nur in zehn Gemeinden einen Anteil der gleichwertigen Stimmen von 5 % und mehr.

Insgesamt waren bei den Gemeinderatswahlen 1999 im Durchschnitt 3 % der abgegebenen Stimmzettel ungültig. Der gegenüber anderen Wahlen hohe Anteil ungültiger Stimmzettel dürfte im wesentlichen auf das komplizierte Wahlverfahren in Baden-Württemberg zurückzuführen sein. Während im Land 1994 in einer einzigen Gemeinde sämtliche Stimmzettel gültig waren, war dies 1999 immerhin in sieben Gemeinden der Fall. In 19 der Top-20-Gemeinden lag der Anteil an ungültigen Stimmzetteln bei 0,5 % oder niedriger. Auffällig ist, daß allein in sechs dieser Gemeinden Mehrheitswahl praktiziert wurde. Absoluter Spitzenreiter der Gemeinden mit ungültigen Stimmzetteln war Uhl-

Tabelle 2
Ergebnisse*) der Kreistagswahlen in Baden-Württemberg seit 1973

Jahr	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmzettel	Errechnete gleichwertige Stimmen																	
					Mehrheitswahl	Verhältnismahl												Gemeinsame Wahlvorschläge ²⁾	Wählervereinigungen ³⁾			
						CDU		SPD		FDP/DVP		GRÜNE		REP		Andere Parteien ¹⁾						
						1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%				1 000	%
1973	4 723,4	2 512,0	54,8	1,2	-	-	1 169,2	46,5	665,7	26,5	129,9	5,2	-	-	-	-	0,6	0,0	136,1	5,4	410,4	16,3
1979	5 008,7	2 558,2	51,1	1,3	-	-	1 177,7	47,3	698,5	28,1	119,6	4,8	13,2	0,5	-	-	5,8	0,2	120,6	4,8	352,3	14,2
1984	5 338,1	3 336,9	62,5	4,3	-	-	1 305,3	42,3	741,1	24,0	132,5	4,3	276,0	8,9	-	-	4,1	0,1	106,5	3,5	520,3	16,9
1989	5 567,9	3 448,9	61,9	4,3	-	-	1 207,1	37,8	771,1	24,1	151,3	4,7	272,5	8,5	59,9	1,9	19,0	0,6	70,0	2,2	642,8	20,1
1994	5 863,8	3 948,9	67,3	4,0	-	-	1 294,8	35,6	844,3	23,2	143,9	4,0	377,6	10,4	83,2	2,3	35,1	1,0	109,7	3,0	744,2	20,5
1999	6 206,8	3 365,2	54,2	3,4	-	-	1 255,8	40,4	651,2	21,0	122,3	3,9	228,1	7,3	51,2	1,6	19,1	0,6	64,7	2,1	715,5	23,0

*) 1999: Vorläufige Ergebnisse. – 1) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien. – 2) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen. – 3) Wählervereinigungen: Unter dem Begriff Wählervereinigungen sind alle diejenigen Gruppen erfasst, die nicht Parteien sind. Es handelt sich dabei um Gruppierungen unterschiedlichster kommunalpolitischer Richtungen, wie zum Beispiel Junge Union, Grüne Listen und Frauenlisten. Auch Einzelbewerber werden den Wählervereinigungen zugeordnet.

dingen-Mühlhofen im Bodenseekreis: Hier wurden 13 % der Stimmzettel für ungültig erklärt. Die Gemeinden Fleischwangen im Landkreis Ravensburg, Wieslet im Landkreis Lörrach und Leibertingen im Landkreis Sigmaringen belegten mit einem Anteil an ungültigen Stimmzetteln von 10 % und mehr die Ränge 2 bis 4. Bei den Gemeinderatswahlen 1994 fiel auf, daß in 13 der Gemeinden mit dem höchsten Anteil an ungültigen Stimmzetteln gleichzeitig sowohl unechte Teilortswahlen als auch Ortschaftsratswahlen durchgeführt wurden. In vier weiteren Gemeinden fanden seinerzeit unechte Teilortswahlen statt. Offenbar führte das Zusammenfallen der Gemeinderatswahlen mit unechten Teilortswahlen und Ortschaftsratswahlen tendenziell zu einer höheren Fehlerquote. Entsprechende Vergleichsergebnisse für 1999 werden erst nach abschließender Auswertung der ausführlichen Wahlberichte der Gemeinden vorliegen.

Wahlbeteiligung bei Kreistagswahlen geringfügig höher

Bei den Kreistagswahlen waren rund 6,2 Mill. Personen wahlberechtigt, davon waren gut 227 000 Unionsbürger. Über die Zusammensetzung der Gemeinderäte durften hingegen knapp 7,5 Mill. Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs entscheiden. Diese Differenz der Wahlberechtigtenzahlen resultiert daraus, daß in den neun Stadtkreisen Baden-Württembergs, wie zum Beispiel Stuttgart oder Mannheim, kein Kreistag gewählt wurde.

Die Wahlbeteiligung der Kreistagswahlen 1999 lag bei 54,2 %; dies ist die zweitschlechteste Quote seit der Durchführung der Kreis- und Gemeinderereform 1973. Lediglich bei den Kreistagswahlen 1979 war die Beteiligung mit 51,1 % deutlich niedriger. Damals wurden die Kreistagswahlen jedoch gesondert von den Gemeinderatswahlen durchgeführt. Die Beteiligungsquote der Kreistagswahlen war auch 1999 wieder etwas höher als die der Gemeinderatswahlen (52,9 %). Dies kann darauf zurückgeführt werden, daß in den Stadtkreisen das Wählerinteresse traditionell geringer ist, so daß sich die tendenziell höhere Beteiligungsquote der Wählerinnen und Wähler in den kleineren Gemeinden bei Kreistagswahlen auswirkt (Tabelle 2).

Sinkende Zahl ungültiger Stimmzettel bei Kreistagswahlen

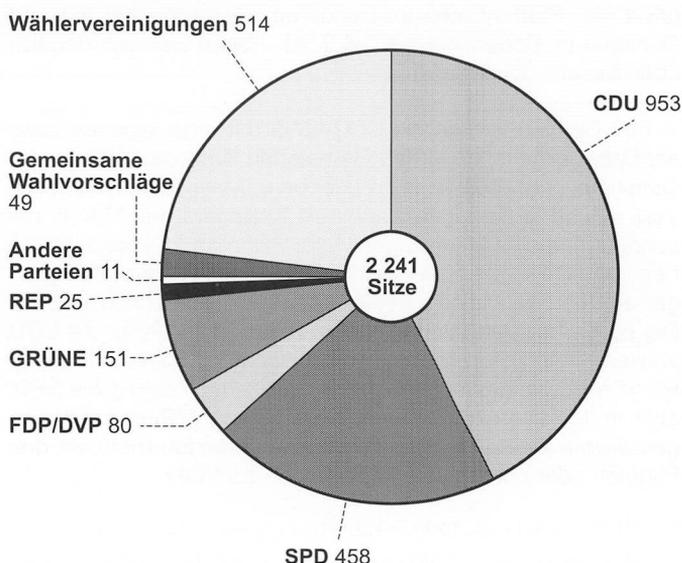
Die Zahl der ungültigen Stimmzettel sank gegenüber 1994 um 0,6 Prozentpunkte und lag damit bei 3,4 %. Lediglich bei den Kreistagswahlen 1973 und 1979 – als die Kreistagswahlen gesondert von den Gemeinderatswahlen durchgeführt wurden – fiel die Ungültigkeitsquote mit jeweils gut 1 % deutlich geringer aus. Deshalb ist davon auszugehen, daß eine Erhöhung der Ungültigkeitsquote durch die gleichzeitige Durchführung der Gemeinderatswahlen bewirkt wird.

In den Kreistagen sind Wählervereinigungen die zweitstärkste Kraft

Die CDU blieb mit einem Anteil an den gleichwertigen Stimmen von 40,4 % weiterhin die stärkste Kraft in den Kreistagen. Gegenüber den Kreistagswahlen von 1994 konnten die Christdemokraten sogar ein Plus von knapp 5 Prozentpunkten verzeichnen. Damit wurde der Abwärtstrend der CDU auch bei den

Schaubild 2

Sitzverteilung in den baden-württembergischen Kreistagen nach den vorläufigen Wahlergebnissen vom 24. Oktober 1999



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

560 99

Kreistagswahlen in Baden-Württemberg unterbrochen. Seit den Kreistagswahlen von 1979, bei denen die Christdemokraten ihren höchsten Stimmenanteil mit 47,3 % erreichten, büßten sie kontinuierlich an Stimmen ein. Bei den Kreistagswahlen 1994 hatten sie lediglich einen Anteil von 35,6 % der gleichwertigen Stimmen erreicht. Die Sozialdemokraten mußten hingegen bei den Kreistagswahlen 1999 leichte Verluste von 2,2 Prozentpunkten hinnehmen und verloren mit einem Anteil an den gleichwertigen Stimmen von 21 % ihre Position als zweitstärkste Kraft an die Wählervereinigungen. Die Wählervereinigungen schnitten zwar bei den Kreistagswahlen mit 23 % deutlich schwächer ab als bei den Gemeinderatswahlen (32,8 %), konnten aber ihren Stimmenanteil gegenüber den Kreistagswahlen 1994 in Baden-Württemberg um 2,5 Prozentpunkte steigern und erzielten damit ihr bestes Ergebnis seit 1973. Sowohl die GRÜNEN als auch die REPUBLIKANER mußten in den Kreistagen landesweit Verluste hinnehmen: Während die GRÜNEN bei den vorangegangenen Kreistagswahlen noch einen Anteil an gleichwertigen Stimmen von 10,4 % erzielten, erreichten sie bei diesen Wahlen lediglich 7,3 %. Die REPUBLIKANER kamen lediglich auf einen Anteil von 1,6 % der gleichwertigen Stimmen, 0,7 Prozentpunkte weniger als bei den vorherigen Wahlen. Das Ergebnis der FDP/DVP hat sich mit 3,9 % gegenüber den letzten Kreistagswahlen nur geringfügig verändert: 1994 gaben 4,0 % der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme den Liberalen. Die anderen Parteien und gemeinsamen Wahlvorschläge von Parteien sowie die Gemeinsamen Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen spielten auch bei diesen Kreistagswahlen mit 0,6 % bzw. 2,1 % der gleichwertigen Stimmen eine untergeordnete Rolle.

Zwei Fünftel der Kreistagssitze gehen an die CDU

Die CDU dominierte die Kreistagswahlen 1999: Mit 953 von insgesamt 2 241 Kreistagsmandaten erhielten die Christdemokraten zwei Fünftel aller zu vergebenden Sitze. Bei den letzten

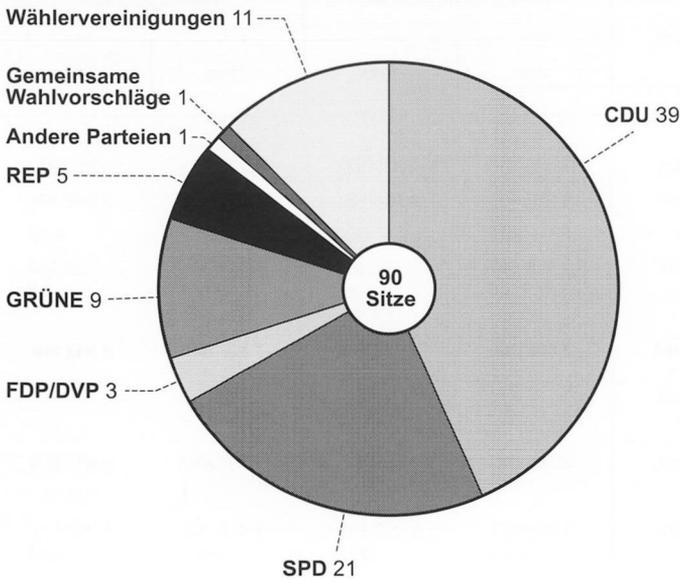
Tabelle 3

Vorläufiges Gesamtergebnis der Gemeinderatswahlen und Kreistagswahlen in Baden-Württemberg 1999 mit Vergleichsangaben von 1994

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Gemeinderatswahlen		Kreistagswahlen	
		1999	1994	1999	1994
Wahlberechtigte	Anzahl	7 498 215	7 119 523	6 206 775	5 863 828
Wähler	Anzahl	3 967 400	4 748 881	3 365 188	3 948 878
Wahlbeteiligung	%	52,9	66,7	54,2	67,3
Ungültige Stimmzettel	Anzahl	120 097	186 010	114 647	156 468
	%	3,0	3,9	3,4	4,0
Errechnete gleichwertige Stimmen insgesamt	Anzahl	3 408 905	4 063 068	3 107 840	3 632 804
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	23 272	23 219	–	–
	%	0,7	0,6	–	–
Bei Verhältniswahl	Anzahl	3 385 633	4 039 849	3 107 840	3 632 804
davon					
CDU	Anzahl	1 158 997	1 222 815	1 255 764	1 294 812
	%	34,2	30,3	40,4	35,6
SPD	Anzahl	670 468	894 497	651 241	844 349
	%	19,8	22,1	21,0	23,2
FDP/DVP	Anzahl	93 263	105 800	122 319	143 900
	%	2,8	2,6	3,9	4,0
GRÜNE	Anzahl	160 137	230 025	228 086	377 557
	%	4,7	5,7	7,3	10,4
REP	Anzahl	28 543	55 850	51 213	83 167
	%	0,8	1,4	1,6	2,3
Andere Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien	Anzahl	33 936	31 196	19 087	35 090
	%	1,0	0,8	0,6	1,0
Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen	Anzahl	129 858	167 784	64 666	109 734
	%	3,8	4,2	2,1	3,0
Wählervereinigungen	Anzahl	1 110 431	1 331 882	715 463	744 196
	%	32,8	33,0	23,0	20,6
Gewählte Mitglieder insgesamt	Anzahl	19 688	19 971	2 241	2 350
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	657	612	–	–
	%	3,3	3,1	–	–
Bei Verhältniswahl	Anzahl	19 031	19 359	2 241	2 350
davon					
CDU	Anzahl	6 075	5 495	953	884
	%	31,9	28,4	42,5	37,6
SPD	Anzahl	2 997	3 448	458	545
	%	15,7	17,8	20,4	23,2
FDP/DVP	Anzahl	226	217	80	84
	%	1,2	1,1	3,6	3,6
GRÜNE	Anzahl	442	529	151	225
	%	2,3	2,7	6,7	9,6
REP	Anzahl	29	49	25	41
	%	0,2	0,3	1,1	1,7
Andere Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien	Anzahl	64	15	11	15
	%	0,3	0,1	0,5	0,6
Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen	Anzahl	975	1 123	49	73
	%	5,1	5,8	2,2	3,1
Wählervereinigungen	Anzahl	8 223	8 483	514	483
	%	43,2	43,8	22,9	20,6

Schaubild 3

Sitzverteilung in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart nach den Wahlergebnissen vom 24. Oktober 1999



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

561 99

Kreistagswahlen waren es 884 von insgesamt 2 350 Sitzen. Die SPD konnte nur noch 458 Mandate erringen; das sind 87 weniger als vor fünf Jahren. Die Wählervereinigungen werden in den neuen Kreistagen mit 514 Sitzen zahlreicher vertreten sein; das sind 31 Sitze mehr als 1994. Damit liegen die Wählervereinigungen mit einem Anteil von knapp 23 % der Sitze klar vor den Sozialdemokraten mit gut 20 %. Die GRÜNEN mußten 74 ihrer bisher 225 Sitze abgeben und erreichten einen Anteil von nur noch 6,7 %. Die FDP/DVP nimmt noch auf 80 (4 weniger) Sitzen Platz, die REPUBLIKANER auf 25 Sitzen gegenüber 41 in den noch amtierenden Kreistagen (Schaubild 2).

Auch bei der Wahl der Regionalversammlung ist die CDU erfolgreich

Auch bei der Wahl der Regionalversammlung konnten die Christdemokraten einen deutlichen Sieg erringen: Die Partei gewann in der Region Stuttgart stattliche 9,3 Prozentpunkte der Wählerstimmen hinzu und steigerte sich von 33 % (1994) auf 42,3 %. Damit konnte die CDU ihre Position als stärkste Fraktion im Regionalparlament mit 39 Sitzen (1994: 31) weiter ausbauen. Die Verluste der SPD fielen gering aus; mit einem leichten Rückgang von 0,7 Prozentpunkten erreichten sie einen Stimmenanteil von 23,6 %. Die GRÜNEN waren die klaren Verlierer der Regionalwahl: Sie büßten 4,4 Prozentpunkte ein und bekamen nur noch 9,9 % der abgegebenen Stimmen. Ebenso die REPUBLIKANER, für die nur noch 5,5 % der Wählerinnen und Wähler votierten; das sind 1,8 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Der Stimmenanteil der FDP/DVP blieb mit 3,5 % unverändert, während die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) mit 1,2 % gegenüber 1,8 % bei der ersten Direktwahl zur Regionalversammlung 1994 leicht an Stimmen verlor.

Wegen des Wahlerfolges der CDU mußte die Regionalversammlung um 10 Ausgleichsmandate auf 90 Mitglieder erweitert werden; das sind 3 mehr als bisher. So erreichte die CDU 39 Sitze, die Sozialdemokraten 21, die Freien Wähler 11, die GRÜNEN 9, die REPUBLIKANER 5, die FDP/DVP 3 und die ödp einen Sitz. Während die Christdemokraten, verglichen mit der letzten Wahl zur Regionalversammlung, als einzige Partei zulegen konnte (+ 8 Sitze), büßten die GRÜNEN 3 Mandate ein. Die SPD verlor einen Sitz, ebenso die REPUBLIKANER. Unverändert blieben die Mandate der Wählervereinigungen, der Liberalen und der ödp. Die Wahlbeteiligung war gering: Lediglich 53,4 % der rund 1,7 Mill. Wahlberechtigten traten den Gang zur Wahlurne an, 1994 waren es noch 66,4 %. Anders als bei den Kommunalwahlen waren Unionsbürger bei der Wahl zur Regionalversammlung jedoch nicht wahlberechtigt (Schaubild 3).

Dipl.-Geographin Jutta Demel/Lic. rer. reg. Joachim Werner



STATISTISCHES LANDESAMT
BADEN-WÜRTTEMBERG



Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998

- ▶ Endgültige Wahlergebnisse
- ▶ Wahlbeteiligung
- ▶ Erststimmenanteile
- ▶ Zweitstimmenanteile
- ▶ Sitzverteilung

mit ausführlichen textlichen Analysen, Tabellen und Schaubildern auf Gemeindeebene

428 Seiten, 4 Farbkarten – 39,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
ISSN 0408 - 1714, Artikel-Nr. 2881 98001

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart – Telefon (0711) 641-2866, Telefax (0711) 641-2130 – Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de> • E-Mail: vertrieb@stala.bwl.de